



beratung und forschung · bewachungs- und sicherheitsgewerbe · **branchenunabhängige callcenter** · parteien und verbände · touristik · sonstige dienstleistungen · wohnungs- und immobilienwirtschaft · zeitarbeitsunternehmen · beratung und forschung · bewachungs- und sicherheitsgewerbe · branchenunabhängige callcenter · parteien und verbände · **touristik** · sonstige dienstleistungen · wohnungs- und immobilienwirtschaft · zeitarbeitsunternehmen

# Neue Zeiten –

die besonderen stellen die Weichen für die kommenden vier Jahre

die besonderen **report**  
01/2015





Foto: Stefanie Herbst

**Petra Gerstenkorn**  
 Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes  
 und Leiterin des Fachbereichs  
 Besondere Dienstleistungen

*Eine erfolgreiche Bundesfachbereichskonferenz liegt hinter uns – und viel Arbeit vor uns. Aber zunächst einmal haben wir unsere gute Arbeit, unsere Arbeitsergebnisse und unsere Erfolge der vergangenen vier Jahre gewürdigt.*

*Beginnend mit der Frauenkonferenz des Fachbereichs am 26. März 2015 konnten wir würdigen, dass sich mittlerweile in einigen Landesbezirken Frauennetzwerke, Frauenvorstände und -treffen etabliert haben, die sich mit der beruflichen Situation weiblicher Beschäftigter in unseren Branchen befassen. Schon auf der Konferenz wurde der Austausch von Interessenschwerpunkten und E-Mail-adressen organisiert, so dass die neue Frauenvertreterin im Bundesfachbereichsvorstand, Kollegin Monika Röderstein-Langenau, zahlreiche Anknüpfungspunkte für ihre zukünftige Arbeit gefunden hat.*

*Auf der Bundesfachbereichskonferenz gab unser ver.di-Vorsitzender, Kollege Frank Bsirske, einen Überblick über die gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen, in die ver.di involviert ist. Der Generalsekretär des europäischen Gewerkschaftsbundes UNI, Kollege Oliver Röthig, stellte den Delegierten anschaulich die Arbeit für die Segmente unseres Fachbereichs auf europäischer Ebene dar.*

*Die Wahlen für die Gremien unseres Bundesfachbereichs und die Nominierung der zukünftigen Bundesfachbereichsleiterin für den ver.di-Kongress im September 2015 bildeten den Auftakt des zweiten Konferenztages. Mit 93 Prozent nominierte die Konferenz für meine Nachfolge in der Bundesfachbereichsleitung und im Bundesvorstand Kollegin Ute S. Kittel (zur Zeit Bereichsleiterin Gewerkschaftliche Bildung und Bildungszentren). Zur ehrenamtlichen Vorsitzenden des Bundesfachbereichsvorstandes wurde Kollegin Claudia Wörmann-Adam einstimmig gewählt.*

*Und dann ging's in die Antragsberatung. Die Palette der Themen reichte von Streikrecht, über Mindestlohn, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Mitbestimmung bis zu branchenspezifischen Anliegen der Wach- und Sicherheitsdienste, der Zeitarbeit, der Callcenter. Sehr intensiv wurden auch Anträge zur Änderung der ver.di-Satzung beraten, z. B. zum Thema Mitgliedschaft.*

*Nun gilt es, das Erreichte zu sichern, uns neue Ziele zu stecken – und in der täglichen Gewerkschaftsarbeit weiterhin (mindestens) so erfolgreich zu sein wie bisher. ■*

*Petra Gerstenkorn*



**SCHWERPUNKT: BUNDES-FACHBEREICHSKONFERENZ 2015**

Frischer Wind	3
Bundesfachbereichsfrauenkonferenz	4
Die Fachgruppen	5
Reden: Frank Bsirske und Oliver Roethig	6
Die designierte Bundesfachbereichsleiterin Ute Kittel im Gespräch	7



**MINDESTLOHN**

Die Rechenricks der Arbeitgeber	8
---------------------------------	---



**CALLCENTER**

ver.di auf der Call Center World	9
----------------------------------	---



**VER.DI**

Mitglieder-Werbeaktion	10
------------------------	----

**WOHNUNGSWIRTSCHAFT**

Branchenforum	11
Das Ende der GSW	12

**TOURISTIK**

Grundlagen schaffen	13
Blockade des Flächentarifs	14

**INTERNES**

Personalmeldungen	15
-------------------	----

**IMPRESSUM**

Der ver.di Report **die besonderen** Nr. 01/2015 · April 2015  
 Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)  
 Fachbereich Besondere Dienstleistungen  
 Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin  
 Internet: [www.verdi.de](http://www.verdi.de)  
 V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn  
 FB-Redaktionsteam: Ulrich Beiderwieden, Annemarie Dinse, Hartmut Hoffmann, Hans-Peter Kilian, Bernd Lohrum, Christian Szepan, Dr. Stephan Tregel  
 Redaktionelle Bearbeitung: Uta von Schrenk  
 Layout: einsatz · Wolfgang Wohlers  
 Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt  
 Titelbild: Fototeam ver.di-Hessen, Ralf Dindorf

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.  
 Nachdruck nur nach vorheriger Genehmigung durch die Redaktion.

**SERVICE**

Fachbereich Besondere Dienstleistungen  
 Internet: <http://besondere-dienste.verdi.de>  
 Ansprechpartnerin „die besonderen-Report“:  
[uta.vonschrenk@verdi.de](mailto:uta.vonschrenk@verdi.de) · Fax: 030/69 56-35 00

# Frischer Wind

Das höchste Gremium des Fachbereichs 13 „Besondere Dienstleistungen“, die Bundesfachbereichskonferenz, traf sich vom 26. bis zum 28. März 2015 in Berlin, um die Weichen für die nächsten vier Jahre zu stellen



VON BERND LOHRUM

Die Frauenkonferenz konnte als Erste der Konferenzen ihre Vertreterinnen für den Bundesfachbereichsvorstand benennen, nämlich Monika Röderstein-Langenau und Julia Großholz. In den Bundesfrauenrat entsandte die Frauenkonferenz die Vertreterinnen Monika Röderstein-Langenau und Karin Mohr.

Der erste Tag der Bundesfachbereichskonferenz begann mit einem Referat von Oliver Roethig von dem Dachverband europäischer Dienstleistungsgewerkschaften UNI Europa (siehe Seite 6). Im Anschluss musste sich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske mit seiner gewerkschaftspolitischen Grundsatzrede (siehe Seite 6) etwas kürzer fassen, da er von unserer Konferenz weg zu einer Pressekonferenz gerufen wurde. Leider blieb daher keine Zeit, die interessanten Gedanken und Ansätze seiner Rede im Plenum zu diskutieren.

Einen der Höhepunkte stellte die Nominierung der künftigen Leiterin des Bundesfachbereichs dar. Da unsere bisherige Bundesfachbereichsleiterin Petra Gerstenkorn nicht mehr zur Verfügung steht, präsentierte der Bundesfachbereichsvorstand seine Wunschkandidatin Ute Kittel.

Ute Kittel präsentierte sich der Konferenz in einer kurzen, prägnanten Rede. In geheimer Wahl erreichte sie mit rund 93,2 Prozent der abgegebenen Stimmen ein Traumergebnis. Ute freute sich entsprechend über das überzeugende Votum und nahm die Nominierung an. In ihrer Dankesrede betonte sie die Bedeutung des Fachbereichs Besondere Dienstleistungen und wies auf die Verdienste von Petra Gerstenkorn hin, die die Arbeit des Fachbereichs in den letzten acht Jahren maßgeblich prägte.

Als künftige Bundesfachbereichsleiterin wird sie Mitglied des kommenden Bundesvorstandes, nach ihrer Wahl auf dem ver.di-Bundeskongress.

Der neue Bundesfachbereichsvorstand wird aus Vertreter/innen der drei Fachgruppen gebildet; die Fachgruppen haben jeweils das Vorschlagsrecht für einen Teil der 25 Vorstandsmandate. In den drei Fachgruppenkonferenzen, die am Nachmittag des Freitags stattfanden, wurden die Vorschläge erarbeitet und am Samstag Vormittag der Konferenz zur Wahl gestellt.

Die Konferenz folgte den Kandidatenvorschlägen der Fachgruppen und wählte den neuen Vorstand des Fachbereichs einstimmig. In seiner konstituierenden Sitzung wählte dieser Claudia Wörmann-Adam, Fachgruppe Forschung, Kommunikation und Sachverständige, Verbände und Parteien, Dienstleistungen für Unternehmen (Fo.KuS.Ver.Di) zur Vorsitzenden und die Kolleg/innen Hartmut Hoffmann, Fachgruppe Immobilien, Sicherheit, Facility (ISF) und Gabriele Landen, Fachgruppe Touristik, Freizeit, Wohlbefinden (TFW) zu Stellvertreter/innen.

Das Präsidium des Vorstands besteht aus den Kolleg/innen Stephan Tregel (Fo.KuS.Ver.Di) und Philipp Schumann (TFW). Die Fachgruppe ISF wird in ihrer nächsten Sitzung ein weiteres Mitglied des Präsidiums bestimmen.

Zum Bundeskongress entsendet der Fachbereich die Delegierten Claudia Wörmann-Adam, Gabriele Landen, Hans-Peter Kilian und Björn Wolf; das besondere Seniorenmandat nimmt Heinrich Kuhlenhölter wahr.

Im Gewerkschaftsrat werden den Fachbereich Claudia Wörmann-Adam und Björn Wolf vertreten.

Nach den Wahlen beschäftigten sich die Delegierten mit der Beratung von 60 Anträgen. Zwei dieser Anträge gehen nun als Leit-anträge der Bundesfachbereichskonferenz an den Bundeskongress.



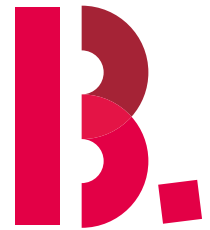
Fotos: Fototeam ver.di-Hessen, Manfred Semmler (2)

Der Antrag D004 „Einschränkung der Sonntagsarbeit, besonders in Call Centern“ richtet sich gegen die zunehmende Unsitte, dass selbst typische Wochentagsaktivitäten wie der Verkauf von Elektronikprodukten auch sonntags stattfinden sollen. Wie weit die Vorstellungen der Arbeitgeber von Arbeit an Sonn- und Feiertagen geht, zeigt der Bericht eines Kollegen: Sein Arbeitgeber schlug ihm vor, den Freizeitausgleich für die Sonntagsarbeit doch an einem gesetzlichen Feiertag zu nehmen! Hier fordert die Konferenz ver.di einstimmig auf, alles zu unternehmen, um den großzügigen Ausnahmeregelungen durch die Bedarfsgewerbeordnungen der Bundesländer Einhalt zu gebieten.

Der zweite Leitantrag F002 „Zusammenarbeit von ver.di mit tarifgebundenen Unternehmen“ zielt darauf, bei der Vergabe von Aufträgen und Leistungen jeglicher Art bei ver.di darauf zu achten, dass die beauftragten Unternehmen tarifgebunden sind und ihre Mitarbeiter/innen entsprechend entlohnen. ■

# Neue Vorstände

Die Bundesfachgruppen haben auf der Bundesfachbereichskonferenz vom 26. bis 28. März ihre ehrenamtlichen Vorstände gewählt. Diese treffen die gewerkschaftspolitischen Entscheidungen für die kommende Amtsperiode bis 2019



## Der neue Bundesfachbereichsvorstand

### Fachgruppe Fo.KuS.Ver.Di

1. Thomas Levihn
2. Angela Stephan
3. Stephan Tregel (Präsidium)
4. Kristina Krüger
5. Christian Szepan
6. Gitta Altenburger
7. Falk Mikosch
8. Jutta Nitsche
9. Christiane Sattler
10. Angelika Böttcher
11. Hans Zajdziuk
12. Claudia Wörmann-Adam (Vors.)

### Fachgruppe ISF

13. Sylvia Kachel
14. Hartmut Hoffmann (stellv. Vors.)
15. Andrea Wobig
16. Hans-Peter Kilian
17. Hubert Krakovka
18. Brigitte Graf
19. Uwe de Jong
20. Manfred Voß

### Fachgruppe TFW

21. Gabriele Landen (stellv. Vors.)
22. Regina Richter
23. Philipp Schumann (Präsidium)
24. Annemarie Dinse
25. Holger Schmidt

26. Monika Bötte (Senioren)
27. Monika Röderstein-Langenau (Frauen)
28. Anton Müller (Jugend)
29. Jenna Kalinowski (Jugend)



Mitglieder des neuen Bundesfachbereichsvorstandes mit ihrer Vorsitzenden Claudia Wörmann-Adam (1. Reihe, vierte von links)

Fotos: Fototeam ver.di-Hessen, Ralf Dindorf (4)

## Bundesfrauenkonferenz FB 13

Christiane Sattler, Frauenvertreterin im Bundesfachbereichsvorstand 13 und Mitglied des Bundesfrauenrates, berichtete vom Aufbau der Frauenarbeit im Fachbereich und der Arbeit des Bundesfrauenrates. Hier waren u.a. die Auswirkungen der Finanzkrise und der Arabische Frühling Themen.

Petra Gerstenkorn wies auf die konstant positive Mitgliederentwicklung und des Frauenanteils im FB 13 hin. Derzeit sind 52.703 Frauen im FB 13, vergangenes Jahr waren es 51.450. Die Verbesserung der Arbeitssituation von Frauen ist nach wie vor erforderlich, die Einkommenslücke beträgt immer noch 22 Prozent.

Gaby Landen sprach in ihrem Grußwort das Ziel aus: in vier Jahren gemeinsam – besser – stärker – noch mehr Frauen.

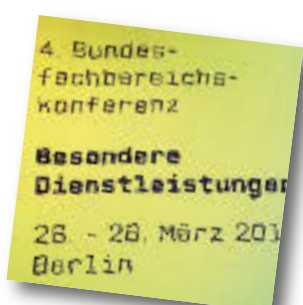
Karin Schwendler, Leiterin des Bereiches Frauen und Gleichstellungspolitik, ging u.a. auf Themen wie Mindestlohn, Vereinbarkeit Beruf – Pflege – Familie, Rentenpaket ein.

Heike Werner aus dem Bereich gewerkschaftliche Bildung und Bildungszentren brachte in ihrem Vortrag „Psychische Belastungen am Arbeitsplatz von Frauen“ wichtige Impulse für die tägliche Arbeit ein.

In den Bundesfrauenrat wurde Monika Röderstein-Langenau gewählt, ihre Stellvertreterin ist Karin Mohr. Vertreterin im Bundesfachbereichsvorstand ist Monika Röderstein-Langenau, Ersatzmitglied Julia Großholz.

Informationen zur Frauenarbeit sind im Internet unter <https://frauen.verdi.de> veröffentlicht.

Annemarie Dinse





## Bundesfachgruppe Fo.KuS.Ver.Di

Am 27. März fand die Bundesfachgruppenkonferenz Fokus ver.di statt. Auf ihr haben die 38 Delegierten den neuen ehrenamtlichen Bundesfachgruppenvorstand gewählt. Dem 15-köpfigen Gremium gehören Mitglieder aus den Branchen Forschung und Beratung, Callcenter, Parteien/Verbände, Zeit/Leiharbeit und Messen an. Hinzu kommen Mandate für Senioren und Jugend. Damit ist der neue Bundesfachgruppenvorstand gut aufgestellt, die gewerkschaftspolitischen Entscheidungen für die kommende Amtsperiode bis 2019 zu treffen und zu beraten. Leiter der Bundesfachgruppe ist Ulrich Beiderwieden. Vorsitzender des Bundesfachgruppenvorstandes ist Stephan Tregel, als Stellvertreterinnen wurden Angelika Böttcher und Angela Stephan gewählt. ■

Stephan Tregel

## Bundesfachgruppe ISF

Die Schwerpunkte der nächsten vier Jahre in der Bundesfachgruppe Immobilien, Sicherheit, Facility (ISF) sind wie folgt:

Wohnungswirtschaft (WoWi): Verteidigung und Ausbau des Flächentarifvertrages, tariflose Betriebe in Tarifverträge einbinden.

Wach- und Sicherheit (WaSi): Berufsbilder, Qualifikationen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Facility: Ausbau der Betreuung und Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften.

Ihren Vorsitz wird die Bundesfachgruppe ISF in ihrer Sitzung am 6. und 7. Mai bestimmen. ■

Hans-Peter Kilian



## Bundesfachgruppe TFW

Seit dem Wechsel von Ute Kittel im Januar 2014 in einen anderen Bereich von ver.di ist Gerd Denzel Leiter der Bundesfachgruppe TFW. Gaby Landen wurde als Vorsitzende wiedergewählt. Vertretungen sind Regina Richter und Philipp Schumann.

Im Vordergrund der Arbeit in der Reisebranche stehen mangels aktuellen Flächentarifs Haustarifverhandlungen. Erste Abschlüsse gibt es, bei entsprechenden Mitgliederquoten werden weitere folgen. Zur Unterstützung der täglichen Arbeit gibt es eine aktuelle Broschüre über die Reisebranche in Deutschland.

Den Flächentarifvertrag für das Friseurhandwerk gilt es, in der Umsetzung zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Europäische Projekte werden im Friseurhandwerk und in der Reisebranche weiter aktiv begleitet.

In allen Branchen der Fachgruppe ist ein wichtiges Ziel die Gewinnung von Mitgliedern, vor allem im Jugendbereich, um dadurch aktive Gewerkschaftsarbeit für die Zukunft zu sichern. ■

Annemarie Dinse



Fotos: Fototeam ver.di-Hessen, ManfredSemmer (7)

# „Der Macht des Kapitals etwas entgegensetzen“

Die Bundesfachbereichskonferenz des Fachbereichs 13 wurde mit einer kämpferischen Rede des ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske eröffnet



Scharfe Kritik hat der ver.di-Bundesvorsitzende an den Versuchen von Wirtschaftskreisen geäußert, die Umsetzung des Mindestlohns zu verhindern. Nachdem die bisherigen Argumente der Mindestlohngegner – wie „Jobkiller“ – durch die Entwicklung widerlegt wurden, wird die gegenwärtige konjunkturelle Abkühlung als „Mindestlohnflaute“ bezeichnet und die Umsetzung als „bürokratisches Monster“ diskreditiert. Nicht nur die Kanzlerin betrachtet diese Argumentation als intellektuelle Zumutung. Vielmehr geht es der Gegenseite darum, den Geltungsbereich des Mindestlohngesetzes auszuhöhlen. Aber, sagte Bsirske, „Mindestlohn ist eine Frage der Moral, der sozialen Gerechtigkeit – er ist die Antwort auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.“ Arbeit darf nicht arm machen, ein Lohn muss zum Leben reichen, Arbeit darf nicht entwürdigen. „Die Kritiker des Mindestlohns wollen den derzeitigen Zustand der Umverteilung zu ihren Bedingungen festschreiben. Wir setzen der Macht des Kapitals etwas entgegen, denn die heutige Einkommensarmut erzeugt die zukünftige Altersarmut. „Der Kampf um den Mindestlohn ist noch nicht gewonnen“, folgerte Bsirske. Der Bundesvorsitzende würdigte die Arbeit des Fachbereichs, der Lohndrückerei mit der Einführung des Mindestlohns etwas entgegensetzen und lobte die Tarifpolitik

des Fachbereichs 13 explizit in der Wach- und Sicherheit, im Tourismus und in der Wohnungswirtschaft.

Unter starkem Applaus gab Frank Bsirske einen kämpferischen Ausblick auf die gegenwärtigen Großkonflikte vor dem Hintergrund des Tariftruegesetzes, das einen Angriff auf das Streikrecht von Minderheitsgewerkschaften darstellt und deshalb von ver.di, aber auch von der NGG, abgelehnt wird. Er erwähnte zur Auseinandersetzung bei Amazon, dass dem Lohndiktat des Kapitals die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen entgegengesetzt wird.

Künftig steht die Bewältigung der zunehmenden Digitalisierung der Arbeit im Zentrum. Dabei geht es darum, gemeinsam Antworten zu finden auf die Folgen technologischer Arbeitslosigkeit, Prekarisierung sowie Transparenz und Kontrolle durch den digitalen Umbau der Arbeit. Denn die Zukunft der Gewerkschaft entscheidet sich im Betrieb. „Wir brauchen einen Zuwachs an Mitgliedern“, schloss Bsirske. Der ver.di-Vorsitzende hob ausdrücklich hervor, dass man sich auf diesen Fachbereich, der in nahezu allen Kennzahlen immer an der Spitze stehe, immer verlassen könne und wünschte viel Erfolg. ■

Stephan Tregel

## Jobs der Extreme

Oliver Roethig, Regionalsekretär der UNI Europa, über den Dienstleistungssektor als größten Wirtschaftsfaktor der EU

Oliver Roethig vom Dachverband europäischer Dienstleistungsgewerkschaften, UNI Europa, wies in seiner Rede auf der Bundesfachbereichskonferenz darauf hin, dass der Fachbereich 13 in ver.di fast deckungsgleich zusammengesetzt wie die UNI Europa sei. Die UNI Europa vertritt über sieben Millionen Mitglieder. Roethig zeigte in seiner Rede die Bedeutung der europa- und weltweiten Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf – in einer Zeit, in der das Kapital Arbeitnehmerrechte, Gesundheits- und Umweltschutzbestimmungen nur noch als Handelshemmnisse wahrnimmt und über Geheimverhandlungen und private Schiedsgerichte ganze Staaten zwingen will, die Interessen der Großkonzerne über die verfassungsmäßigen Rechte der Menschen zu stellen.

Besonders die Dienstleistungswirtschaft ist in der EU inzwischen deutlich bedeutsamer als die Industrie. So erbringt der Dienstleistungssektor in Europa mehr als 70 Prozent der Wirtschaftsleistung und stellt ebenso mehr als 70 Prozent der Beschäftigung in Europa!

Ein wettbewerbsfähiges, soziales Europa benötigt Dienstleistungen – sei es im Einzelhandel, in der Pflege oder auch in der IT-Bera-

tung. Die Dienstleistungswirtschaft bildet also das Rückgrat der europäischen Gesellschaft. Sie versorgt die Menschen mit den Leistungen, die erforderlich sind, um ein abgesichertes und erfülltes Leben führen zu können.

Leider, so Roethig, haben die in den vergangenen Jahrzehnten durchgeführten Reformen in der Dienstleistungswirtschaft zur Stärkung des Wettbewerbs dazu geführt, dass Arbeitsplätze zunehmend in den Extremen der Lohnskala geschaffen wurden: Die große Mehrheit der Arbeitsplätze werden im Bereich des niedrigsten Einkommenslevels geschaffen; nicht ganz so viele Stellen im Bereich des höchsten Levels – im Beratungs- und Finanzbereich.

Häufig kommt es daher zu einer Verminderung der Qualität der Dienstleistung und zugleich zu einer ernsthaften Gefährdung der Gesundheit der Mitarbeiter/innen durch Arbeitsverdichtung und Stress. ■

Bernd Lohrum

# „Für unser gutes Handwerk werben“

Foto: Fototeam ver.di-Hessen, Manfred Semmler



**Ute Kittel, designierte Leiterin des Bundesfachbereichs 13 in ver.di, über ihre Zielsetzungen im Bereich der Besonderen Dienstleistungen.**

**die besonderen:** Ute, Du bist ja eine ganz andere Persönlichkeit als Petra Gerstenkorn. Sicher hast Du auch eigene Vorstellungen für die Arbeit im Fachbereich 13. Wo möchtest Du in den nächsten Jahren Akzente setzen?

**Ute Kittel:** Zunächst einmal: Der Fachbereich 13 macht bisher eine sehr gute Arbeit. Einer meiner Schwerpunkte wird sein, dazu beizutragen, dass darüber mehr bekannt wird in dieser Organisation. Ich glaube, dass der Fachbereich 13 vor lauter Arbeit vergisst oder auch keine Kapazitäten dafür hat, für sein gutes Handwerk zu werben. Also wird ein Schwerpunkt darauf liegen, hier eine Kommunikationsstrategie zu entwerfen. Lasst uns darüber reden, lasst uns dafür sorgen, dass die Organisation mehr über uns erfährt.

Verglichen mit den Anfangsjahren unserer Organisation müssen wir heute mit deutlich weniger Ressourcen auskommen. Und was uns als Fachbereich 13 mit der Umsetzung des Konzepts „Perspektive 2015“ drohen könnte, wirft die Frage auf, wie wir uns aufstellen können, damit wir unsere Betreuungsarbeit besser erledigen können. Welche Möglichkeiten siehst Du hier?

*Es gibt immer Gründe dafür zu werben, warum der Fachbereich 13 es verdient hat, mehr Ressourcen sowohl personeller als auch finanzieller Art zu bekommen. Jetzt bin ich aber nicht dafür zu jammern, was wir alles nicht haben. Ich bin jemand, der sehr stark den Fokus darauf legt, die vorhandenen Ressourcen sinnvoll einzusetzen und gemeinsam mit den haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen zu einer hohen Zufriedenheit in unserer gemeinsamen Arbeit beizutragen.*

Wodurch?

*Durch eine klare Absprache und durch eine klare Aufgabenkritik, welche Ziele wir erreichen können. Denn der Fachbereich 13 ist immer noch der Fachbereich mit dem größten Mitgliederpotential. Es ist jedoch nicht alles, was an Potenzial in diesem Fachbereich steckt, mit den vorhandenen Mitteln zu erschließen. Weiße Flecken haben sich noch nie durch Selbstentzündung erschlossen. Man wird schon investieren müssen. Und wo wir investieren, müssen wir gemeinsam entscheiden – insbesondere mit dem Ehrenamt. Und natürlich ist es meine Aufgabe, beim Hauptamt, beim Gewerkschaftsrat dafür zu werben, dass der Fachbereich Personal hinzubekommt. Und eines ist doch klar: Da gibt es keine Grenze nach oben. Selbst wenn wir 5 oder 10 oder*

*auch 20 Mitarbeiter dazu bekämen, wäre noch keiner dabei, der sich langweilt. Es wird also mehr darum gehen, Lobbyarbeit für den Fachbereich zu machen.*

Hast Du ein Beispiel für uns?

*Da ich die Fachgruppe Touristik, Freizeit, Wohlbefinden am besten kenne, hierzu ein Beispiel: Die Tourismusindustrie hat mehr Arbeitsplätze in Deutschland als die Automobilindustrie. Das ist in ver.di aber nicht bekannt! Eine IG Metall oder eine IG BCE müsste sich sicher nicht sagen lassen, dass sie eigentlich viel mehr Potenzial haben.*

In der Kurzbetrachtung zu Perspektive 2015 meint man ja festgestellt zu haben, dass der Fachbereich 13 viel mehr individuelle Betreuungsarbeit erzeugt als andere Fachbereiche. Wie stehst Du dazu?

*Ja, das stimmt und das bindet viele personelle Ressourcen, die dann in der Betriebsbetreuung fehlen. Ob es besser werden kann, werden die beiden Pilotlandesbezirke Bayern und Niedersachsen/Bremen zeigen, in denen jetzt erst mal durch ver.di-Zentren und die Teams Recht- und Beratung die individuelle und kollektive Mitglieder-Betreuung getrennt werden. Ob nicht doch noch zuviel Einzelberatung an den Fachbereichssekretärinnen hängen bleibt? Nun ja, das wird sich zeigen. Dazu äußere ich mich dann, wenn wir die Ergebnisse der Piloten haben.*

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Fragen: Bernd Lohrum

## Kurzbiografie

Ute Kittel ist 44 Jahre alt, verpartnert und hat 3 Kinder. Sie lebt in Brandenburg, nahe Berlins. Ute Kittel ist im Schwarzwald geboren, hat im Saarland beim Wasser- und Schiffsamt eine Ausbildung zur Vermessungstechnikerin gemacht. Sie ist seit 1993 hauptamtlich gewerkschaftlich tätig, zuerst bei der ÖTV (Saar/NRW) und seit ver.di-Gründung in der Bundesverwaltung – zuerst im Fachbereich 5, dann im Bereich Personal. Nach einer dreijährigen Auszeit als Selbständige hat Ute Kittel bereits von 2009 bis 2014 im Fachbereich 13 gearbeitet, als Bundesfachgruppenleiterin TFW. Seit 2/2014 ist sie Bereichsleiterin GeBiZ (Gewerkschaftliche Bildung und Bildungszentren).

# Rechentricks

**Zwar gibt es seit Jahresbeginn nun den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland, aber so mancher Arbeitgeber weiß ihn zu umgehen ...**

VON BERND LOHRUM

Als der Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU die Einführung eines Allgemeinen Gesetzlichen Mindestlohns für diese Legislaturperiode vorsah, dachten wir Gewerkschafter bereits, wir hätten gewonnen. Doch die Beratungen im Kabinett und der daraus resultierende Gesetzentwurf belehren uns eines Besseren: Ausnahmen für Jugendliche, Ausnahmen für Praktikanten, für Zeitungszusteller/innen und auch für Langzeitarbeitslose.

Doch selbst 8,50 Euro und die vielen Ausnahmen nach unten sind einer ganzen Reihe von Arbeitgebern nicht billig genug!

Etwa in der Gebäudereinigung: Die Arbeitgeber geben nun einfach eine Zeit vor, in der ein bestimmtes Objekt gereinigt sein muss. Wo eine Reinigungskraft vor der Einführung des Mindestlohns eine Stunde Zeit für ihre Arbeit hatte, hat man nun die Vorgabe reduziert: 40 Minuten müssen jetzt reichen. Das Ergebnis: Trotz eines zwar nominell höheren Stundenlohns kommt genauso wenig Geld bei der Arbeitskraft an wie vorher.

Dreist war die Argumentation der Zeitungsverleger: Da sie ja eine durch unsere Verfassung geschützte Tätigkeit ausüben, ist ihnen die Zahlung des vollständigen Mindestlohns an ihre Zusteller/innen nicht zuzumuten. Daher konnten sie im Gesetz eine ganz besondere Ausnahme durchsetzen: Für sie gilt ein Mindestlohn von nur 6,38 Euro je Stunde.

Selbst dieser reduzierte Satz ist manchem Verleger nicht billig genug: So zahlt eine saarländische Tageszeitung ihren Zustellern „natürlich“ den gesetzlichen (reduzierten) Mindestlohn von 6,38 Euro je Stunde. Um aber das „bürokratische Monster“ der Arbeitszeiterfassung zu umgehen, hat diese Tageszeitung die Wege innerhalb eines jeden Zustellbezirks mittels eines Geographischen Informationssystems (GIS) ermittelt. Dies ist nun Basis für die Berechnung einer Zeitvorgabe. Dem Zusteller wird der Weg von Grundstücksgrenze zu Grundstücksgrenze errechnet. Das Ganze wird mit einer vorgegebenen Zustellgeschwindigkeit verrechnet: Für die Zustellung zu Fuß ist die Geschwindigkeitsvorgabe 5 Kilometer je Stunde! Und das mit manchmal 20, 30 Kilogramm Zeitungen im Gepäck, bergauf, bergab, treppauf, treppab. Doch nicht genug: Die Wege innerhalb der Grundstücke, von der Grundstücksgrenze zum Briefkasten, durch Türen und Tore, teilweise rund ums Haus, all das bleibt unberücksichtigt. So manch ein Zusteller hat nun „durch den gesetzlichen Mindestlohn“ weniger Geld in der Tasche als vorher.

Wie fatal die Ausnahme für Jugendliche ist, zeigt das Verhalten von Arbeitgebern aus verschiedenen Branchen. Wird einem Arbeitgeber ein Mitarbeiter mit 8,50 Euro zu teuer, kündigt er dem Mitarbeiter den Arbeitsvertrag und weist ihn gleichzeitig darauf

hin, dass er bereit sei, einen neuen Arbeitsvertrag mit dessen Kindern (!) zu schließen. Wer am Ende die Arbeit macht, ist dem Arbeitgeber egal. Gleiche Arbeit, aber weniger Geld. So gesehen bei der Verteilung von Werbeblättern. Dort war von jeher üblich, Jugendliche einzustellen, die sich so ihr Taschengeld aufbessern konnten. Nun setzt die ganze Branche verstärkt auf Jugendliche, denn die kann man wie bisher mit Billigslöhnen abspeisen.



Foto: Werner Bachmeier

Sehr gerne wird auch in der Gastronomie der Mindestlohn umgangen. Vielen ist es bereits aufgefallen: Immer häufiger kassiert nicht die Bedienung die Zeche beim Lokalbesuch, sondern die Inhaberin oder der Inhaber des Lokals selber. So kommt das Trinkgeld nicht mehr bei den Angestellten an, sondern verschwindet legal oder schwarz in der Tasche des Arbeitgebers. Oder – ganz perfide – wird das Trinkgeld tatsächlich an die Angestellten ausgeschüttet, aber als Teil des Lohnes deklariert. So werden zwar vielleicht 8,50 Euro je Stunde gezahlt, der Arbeitgeber jedoch trägt davon nur einen Teil. Und so weiter.

Das in Zukunft wahrscheinlich gravierendste Umgehungsmodell ist die Befreiung von der Pflicht zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen. Das Modell ist einfach: Das Unternehmen stellt Langzeitarbeitslose ein und ist dafür sechs Monate lang von der Zahlung des Mindestlohns befreit. Dafür vereinbart man eine Probezeit von sechs Monaten und kündigt den Arbeitsvertrag in der Probezeit – der/die nächste Langzeitarbeitslose wartet schon ... ■



# Gesetzlicher Mindestlohn bringt mehr Geld

ver.di auf der Messe Call Center World in Berlin

VON ULRICH BEIDERWIEDEN

Zum 1. Januar 2015 trat das Gesetz über einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro in Kraft. Unsere Prognose damals war: „Für viele Tausende Beschäftigte in Callcentern wird es zu Beginn des neuen Jahres eine kräftige Anhebung der Entgelte geben. Mit Grundlöhnen von 6,50 bis 7,50 Euro ist dann endgültig Schluss!“

## Knapp 1 Euro je Stunde mehr zur Verfügung

In einer ersten Analyse bestätigt sich diese Aussage. Nach den Rückmeldungen aus über zwanzig Callcenter-Standorten mit fast 12.000 Beschäftigten können wir folgendes feststellen: Fast 75 Prozent der in diesen Standorten Beschäftigten bekommen mehr Geld, die durchschnittliche Erhöhung liegt zwischen 75 und 90 Cent, in der Spitze gibt es 1 bis 1,75 Euro mehr. Mindestlohn macht sich also bezahlt.

## CCW in Berlin: ver.di im Gespräch

Unter dem Motto „GUTE ARBEIT im Callcenter durchsetzen“ war ver.di mit einem Messestand auf der Leitmesse der Callcenter-Branche im Februar in Berlin präsent. Alle namhaften Callcenter-Dienstleister, Technikanbieter, Zeitarbeitsunternehmen, die Interessenverbände und die Fachzeitschriften der Branche, aber auch regiona-



le Wirtschaftsförderungsgesellschaften waren anwesend. Viele Beschäftigte, Vertreter/innen der Arbeitsagenturen, Arbeitssuchende selbst, aber auch Auszubildende und Berufsschullehrer/innen sowie zahlreiche Betriebsrät/innen waren Besucher an unserem Stand, diesmal in einer Kooperation zwischen dem Fachbereich 1 Finanzdienstleistungen und unserem Fachbereich 13. Hauptamtliche Kolleg/innen sowie zahlreiche Mitglieder unseres Branchenvorstandes Callcenter standen am Messestand für Beratungen und Gespräche zur Verfügung. In unserem Messeflugblatt, das sich an die Besucherinnen und Besucher richtete, wurden aktuelle Themen wie Mindestlohn, Stress und Arbeits(über)belastung sowie Sonntagsarbeit in Callcentern behandelt. Es erging die Aufforderung an die Vorstände und Geschäftsführungen der Callcenter-Dienstleister als auch an die Repräsentanten der Interessenverbände der Branche, endlich einen Arbeitgeberverband zu gründen, um branchenspezifische tarifliche Regelungen zu schaffen. „Einer Branche mit über 520.000 Beschäftigten, die sich stets als ‚dynamisch und innovativ‘ darstellt, stünde es gut zu Gesicht, ihre Herausforderungen selbst zu meistern!“, so unsere Feststellung.

## ver.di auch im internationalen Erfahrungsaustausch

Weiter haben wir uns gefreut, dass uns am Messestand die Kolleginnen und Kollegen der Solidarnosc aus Polen und der GPA DJU aus Österreich besucht haben. Im Rahmen eines internationalen Projekts fand eine Sitzung in Potsdam statt, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Einladung von ver.di auch dazu nutzen, die Messe zu besuchen. So konnten wir unseren Kolleginnen und Kollegen das Live-Callcenter vorstellen und den Gang über die Messe ermöglichen. Der Erfahrungsaustausch, den wir in den vergangenen Monaten aufgebaut haben, konnte so zu einem schönen Ausklang gebracht werden. ■

## SOLIDARITÄT



Foto: ver.di

## WALTER SERVICES Solidaritätsdemo

Der ver.di-Bezirk Karlsruhe hatte eingeladen und zur Teilnahme aufgefordert – und viele sind gekommen. Am Montag, den 23. Februar fand vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe ein erster Termin statt, in dem es um die vom Arbeitgeber beantragte ersetzende Zustimmung zur Kündigung des langjährigen Betriebsratsvorsitzenden Marc Bachmann vom Standort Ettlingen der walter services GmbH ging. Marc Bachmann vertritt darüber hinaus seit vielen Jahren die Interessen der Tausenden von Beschäftigten im walter-Konzern bundesweit. Darüber hinaus ist er in ver.di seit vielen Jahren in den Gremien auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene aktiv und auch Mitglied der ver.di-Tarifkommission, die im Jahr 2009 den ersten Entgelttarifvertrag für die Beschäftigten bei walter services ausgehandelt hat.

Vor dem Gerichtstermin fand unter der Überschrift: „walter services – außen hui – innen pfui?“ die Solidaritätsdemonstration statt, an der viele Betriebsratskolleg/innen aus anderen Fachbereichen und Branchen sowie viele ehrenamtliche Mitstreiter/innen aus der Region und natürlich Kolleginnen und Kollegen aus dem walter-Standort teilnahmen. Es war gut zu sehen, dass viele zusammenstehen, wenn es darum geht, dass Arbeitgeber einen aktiven Betriebsratskollegen loswerden wollen.

Wir sagen Danke an alle, die gekommen sind, wir sagen Danke an den ver.di-Bezirk Karlsruhe für die Organisation der Aktion und wir sagen Marc die weitere Unterstützung im Kampf um seinen Arbeitsplatz zu. ■

Ulrich Beiderwieden

Foto: ver.di



**STARK  
MIT DIR**

■ **Dein Einsatz lohnt sich!**

Vom 1. April bis 31. Juli 2015 Mitglieder werben – und gewinnen!

**Auszeichnung** auf dem Bundeskongress für die zehn besten Werberinnen und Werber

**Verlosung** von Sachprämien. Werberinnen und Werber erhalten je ein Los pro neu geworbenes Mitglied. Auch diese Neumitglieder nehmen an der Verlosung teil:

- 40 Reisegutscheine im Wert von 1.000 Euro
- 400 Buchgutscheine im Wert von 40 Euro
- 400 Buchgutscheine im Wert von 20 Euro
- 400 Kinogutscheine im Wert von 25 Euro

**Weitere Sachprämien** zur Auswahl ab drei erworbenen Neumitgliedern

**15-Euro-Werbepremie** pro erworbenem Neumitglied

Mehr erfahren unter **starkmitdir.verdi.de**

# „Stark mit dir“ startet im April

Lange schon steht Wachstum ganz oben auf der ver.di-Agenda. In diesem Jahr möchten wir zusätzlichen Schwung in die Mitgliederwerbung bringen: Unter dem Motto **STARK MIT DIR** startet im April eine neue Aktion mit vielen Gewinnen und Prämien – und besonderen Auszeichnungen für diejenigen, die sich besonders ins Zeug legen

Die Idee ist einfach und bekannt: Mitglieder werben Mitglieder. Vom 1. April bis 31. Juli 2015 zahlt sich starker Einsatz nun besonders aus. Gesucht werden die erfolgreichsten Werberinnen und Werber, diejenigen also, denen es gelingt, im Aktionszeitraum die meisten Kolleginnen und Kollegen von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu überzeugen.

Die Gründe für die offensivere Mitgliederwerbung liegen auf der Hand: Forderungen nach gerechten Löhnen, guten Arbeitsbedingungen oder sicheren Arbeitsplätzen können wir nur als starke Gemeinschaft durchsetzen. Dass wir die Interessen von Millionen Beschäftigten wirkungsvoll vertreten und auch Einzelnen in einer schwierigen Lage Rückhalt geben können, verdanken wir vor allem der Kraft unserer Mitglieder. Leider ließ sich die positive Entwicklung des Jahres 2013 nicht in gleichem Umfang in 2014 wiederholen. Die Gründe dafür sind ganz unterschiedlich. Eine Umfrage unter potenziellen Mitgliedern zeigt: Viele Kolleginnen und Kollegen sind auch deshalb nicht bei ver.di, weil sie bislang noch nicht gefragt wurden.

„Umso mehr kommt es jetzt auf jede und jeden Einzelnen an“, sagt Frank Werneke, im Bundesvorstand zuständig für das Thema Mitgliederentwicklung. „Viele Kolleginnen und Kollegen werben bereits sehr engagiert und bewegen andere mit guten Argumenten zum Beitritt. Mit der Aktion STARK MIT DIR möchten wir diesen engagierten Einsatz nun belohnen. Zugleich wollen wir aber auch diejenigen, die bisher nur ab und an neue Mitglieder geworben haben, motivieren, ihre Kräfte in den nächsten Monaten zu bündeln“, erläutert Frank Werneke das Anliegen.

Persönliche Gespräche sind das A und O. Wie aber pariert man schlagfertig Gegenargumente, zum Beispiel, dass Tarife ohnehin für alle gelten würden oder der Beitrag zu hoch sei? In dem

Foto: ver.di ME



kostenlosen Aktionsmaterial, mit dem wir alle Werberinnen und Werber unterstützen, finden sich auch einige wertvolle Empfehlungen, wie die Ansprache und Argumentation am besten gelingt.

Am Ende zahlt sich das Engagement doppelt aus: Wer sich für ver.di stark macht, stärkt nicht nur die Gemeinschaft – es gibt auch etwas zu gewinnen. Die zehn erfolgreichsten Werberinnen und Werber werden auf dem Bundeskongress im September von Frank Bsirske und Monika Brandl, Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, ausgezeichnet. Außerdem werden mehr als 1.200 Sachprämien unter allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen verlost. Mit jedem neu gewonnenen Mitglied steigen die Chancen auf einen Gewinn. Starker Einsatz lohnt sich also. Und wer könnte andere besser von ver.di überzeugen, als die Mitglieder selbst? ■

**STARK MIT DIR**  
**SCHON DRIN!?**

■ **Aktionsmaterial bestellen und loslegen!**

Überzeugende Argumente, Tipps zur Mitgliederwerbung und Werbematerial für den Betrieb stehen für alle Werberinnen und Werber zur Verfügung.

Das kostenlose Aktionspaket gibt es per E-Mail unter **starkmitdir.verdi@ivb-gmbh.de**

**IVB Direktmarketing GmbH**  
Behatonstraße 1  
67297 Mannheim  
Fax: 0 63 52/75 34-34

# Alles für den Branchentarifvertrag

ver.di veranstaltet erstes bundesweites Branchenforum der Wohnungswirtschaft

VON CHRISTINE KUNZ

Unter dem Motto „Gute Arbeitsbedingungen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft – die Zukunft aktiv gestalten“ trafen sich Anfang März mehr als 110 Mitglieder von Betriebsräten, Jugend-Auszubildenden- und Schwerbehinderten-Vertretungen aus fast 50 Betrieben in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft zu ihrem ersten bundesweiten Branchenforum. Jürgen Stahl als Bundesfachgruppenleiter und Christine Kunz als stellvertretende Bundesfachbereichsvorsitzende begrüßten die Teilnehmer/innen und stimmten auf die Themen der Tagung aus haupt- und ehrenamtlicher Sicht ein. Moderiert wurde die Veranstaltung angenehm locker und trotzdem zielorientiert von Michaela Müller-Klang, Vorsitzende des Fachbereiches 5 Berlin-Brandenburg.

Über die aktuellen Entwicklungen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und deren Auswirkungen auf die Beschäftigten sprachen Prof. Rolf G. Heinze, Ruhr-Universität Bochum, und Michael Neitzel, InWIS Forschung und Beratung. Beide erarbeiten im Auftrag von ver.di derzeit eine Branchenanalyse. Ein spannender Vortrag mit vielen Zahlen und Fakten. Anschließend gab es etliche Nachfragen.

Die folgenden Workshops zu unterschiedlichen Entwicklungen in der Branche beschäftigten sich mit den Forderungen für die anstehenden Verhandlungen zum Flächentarifvertrag, mit Tarifflucht von Unternehmen – die immer mehr zum Problem in der Branche wird – und mit Strategien von Unternehmen wie der Deutschen Annington, die auf Outsourcing oder Spaltung von Unternehmen setzen, und welche Auswirkungen das für die anderen Unternehmen in der Branche haben kann.

Über das in Nordrhein-Westfalen noch bis August 2015 laufende Projekt in der Branche berichtete Andrea Becker, dortige Fach-

bereichsleiterin 13. Wie ver.di-Betriebsräte in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft bei der Förderung fairer und guter Arbeitsbedingungen betrieblich und tarifpolitisch unterstützt werden, ist das Thema. Was sich Kolleginnen und Kollegen darunter vorstellen, zeigte der Film, den Andrea Becker mitgebracht hatte. Am Beispiel der Deutschen Annington mit 4.000 Beschäftigten – und davon nur 20 Prozent mit Tarifbindung – erläuterte Andrea Becker die Problematik bei einem der Marktführer und was uns in der gesamten Branche erwartet, wenn wir nicht sofort gegensteuern. Es ist nicht erst 5 vor 12! Alle im Saal wurden regelrecht wachgerüttelt!

Danach wieder Workshops. Die Gruppe Deutsche Annington traf sich zur Abstimmung der nächsten Aktivitäten, die Jugendlichen zum Thema JAV mit dem Ziel der Vernetzung von JAVen und jungen Ehrenamtlichen. Ein anderer Workshop beschäftigte sich mit der Frage: Wie organisieren wir Nachwuchs für BR- und ver.di-Gremien? Der vierte Workshop galt den Handlungsmöglichkeiten von Betriebsräten bei Tarifaueinandersetzungen und der Aktionsplanung für die kommende Tarifrunde, oder besser, der kommenden Tarifrunden. Wir waren uns einig – dieses Branchenforum konnte erst der Anfang sein!

Fazit des Forums: Wir müssen alles tun zum Erhalt und zur Stärkung unseres Branchentarifvertrages – nachhaltige gewerkschaftliche Strukturen in den Unternehmen aufbauen, mehr Mitglieder werden und uns vernetzen. Nur so werden wir die Stärke gewinnen durchzusetzen, dass nicht immer weniger Unternehmen tarifgebunden sind, sondern wieder Unternehmen in den Flächentarif zurückkehren. Das ist unsere Zielstellung.

Ein großes Dankeschön an alle, die dieses tolle Forum möglich gemacht haben. Wir treffen uns wieder in zwei Jahren. ■

Foto: ver.di



die besonderen

# GSW adé

**Die Berliner Immobiliengesellschaft GSW wurde vor zehn Jahren privatisiert. In dieser Zeit sind 70.000 Wohnungen dem Landesbesitz verlorengegangen und über 900 Stellen abgebaut worden**

VON OLAF KLEINDIENST

Die GSW war einer der größten kommunalen Vermieter Berlins mit fast 70.000 Wohnungen und knapp 1.000 Mitarbeitern. 2004 verkaufte das Land Berlin die GSW an ein Konsortium, bestehend aus Investment- bzw. Tochtergesellschaften von Cerberus und Goldman Sachs für 405 Millionen Euro. Später wurden solche Investoren auch gerne Heuschrecken genannt.

Die neuen Eigentümer zeigten dann, wie man das Real-estate-business betreibt – Wohnungswirtschaft war gestern. Aus Mietern wurden Kunden, die Verwaltung und Bewirtschaftung wurde analysiert und alles in neue Prozesse gepackt. Die neue Geschäftssprache war auf einmal Englisch – zumindest bekam man diesen Eindruck: bei Mieterwechsel wurde „unit turn“ gemacht, Modernisierung hieß „capex“ und alles wurde auf einen verbesserten „cash flow“ hin ausgerichtet. Old-school war allein der Personalabbau und nur vier Jahre später bewirtschafteten rund 650 Mitarbeiter die mittlerweile nur noch rund 50.000 Wohnungen. In dieser Zeit schafften es die neuen Eigentümer, durch Sale & Leaseback, Neubewertung der Immobilien sowie Um- und Neuverschuldung, den kompletten Kaufpreis dem Unternehmen zu entziehen. Die GSW hatte sich selbst bezahlt.

Da angelsächsische Investoren immer auf der Suche nach neuen und noch attraktiveren Anlagemöglichkeiten sind, wurde eine „Exit“-Lösung gesucht. Der Direktverkauf glückte nicht und so musste der Weg über die Börse genommen werden. Ab 1. April 2010 firmierte man als GSW Immobilien AG, ein Jahr später erfolgte die Erstnotierung an der Frankfurter Börse; mit rund 600 Mitarbeitern und rund 49.000 Wohnungen.

Mit der Veränderung in der Eigentümerstruktur sollte auch Kontinuität und Stabilität in das Unternehmen einkehren – was auch teilweise gelang. Die Devise lautete: wachsen und entwickeln. Bis Ende 2012 stieg die Anzahl der Wohnungen auf rund 58.700 Einheiten, aber die Mitarbeiteranzahl sank auf 557; wobei davon 220 schon vorher in die Facility-Tochter „verschoben“ wurden und somit nur noch 337 bei der GSW direkt beschäftigt waren.

In dieser Zeit kam es auf höchster Leitungsebene zu Fehlentscheidungen oder -einschätzungen, die zu Verwerfungen in der Vorstandsebene führten, und in einer offenen „Investorenrevolte“ auf der Hauptversammlung gipfelten. Dinge, die dem Kapitalmarkt nicht verborgen blieben. Die Deutsche Wohnen nutzte die Gunst der Stunde für eine Übernahme. Egal ob freundlich oder feindlich, am Ende muss sich eine Kapitalmaßnahme für die Investoren bzw. Aktionäre rechnen. Synergien sind versprochen worden, und wen wundert es, wenn ein nicht unerheblicher Teil dieser 25 Millionen Euro durch Personalabbau erreicht werden müssen.

Am 1. April 2014 hat der Vorstand der GSW AG, der in Personalunion auch der Vorstand der Deutsche Wohnen ist, den Wegfall von weiteren rund 150 Arbeitsplätzen angekündigt und auch umgesetzt.

Am 1. Januar 2015 stehen, gut zehn Jahre nach der Privatisierung, von den einst 1.000 Mitarbeitern nur noch rund 170 in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis.

Die GSW hat in dieser Zeit nicht nur ihren Kaufpreis selbst bezahlt, sondern darüber hinaus noch Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet. Einkünfte, die dem Land Berlin verlorengegangen sind; genauso wie die über 70.000 Wohnungen. Und viele hundert Mitarbeiter/innen haben ihren Arbeitsplatz, ihre Vergütung, Sicherheit und zum Teil auch eine Zukunft verloren. Es bleibt nur zu hoffen, dass vielleicht die verbleibenden Mitarbeiter/innen eine haben... GSW – adé!

*Epilog:* Am 2. April 2015 hat die GSW weitere circa 100 Mitarbeiter/innen verloren! Ohne vorherige Information und Beratung mit dem Betriebsrat oder anderen Gremien wurde ein Teilbetriebsübergang für den darauffolgenden Arbeitstag mitgeteilt. Somit sind seit dem 7. April 2015 nur noch rund 70 Mitarbeiter/innen der GSW in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis – aber wie lange noch? ■

PS: Am 16. April 2015 hat der Vorstand der GSW die Einstellung des Geschäftsbetriebes zum 31. Juli 2015 angekündigt!



Fotos: W. Wohlers

# Grundlagen schaffen

Mit der Broschüre „Die Reisebranche – Daten, Fakten, Hintergründe“ analysiert ver.di einen der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Deutschland aus gewerkschaftlicher Sicht.

VON UTA VON SCHRENK

Die Reisebranche mit ihren rund 67.000 Beschäftigten ist Teil eines der größten Wirtschaftszweige Deutschlands: Die Tourismusindustrie insgesamt hat mehr Arbeitsplätze als die Automobilindustrie. Das macht sie zu einer der bedeutendsten Branchen im Fachbereich 13 – und zu einer der schwierigsten. Denn trotz ihrer Größe ist die Reisebranche weitgehend gewerkschaftliches Brachland. Der ver.di-Organisationsgrad in der Reisebranche liegt im Durchschnitt – es gibt gewerkschaftliche Inseln – bei 7,7 Prozent. Warum das so ist und was sich dagegen tun lässt, das soll die jüngst erschienene ver.di-Broschüre „Die Reisebranche – Daten, Fakten, Hintergründe“ verstehen helfen.

Im Vorwort betonen die Verfasser Gerd Denzel, Fachgruppenleiter Touristik in ver.di, und Gewerkschaftssekretär Volker Nüsse, „ein solcher Bericht kann nur eine Momentaufnahme in einer dynamischen Branche sein“.

Der Bericht beruht zum Teil auf einer Branchenrecherche, die der Fachbereich Besondere Dienstleistungen 2014 hat erstellen lassen. Zunächst geht es um eine Analyse der Wirtschaftsdaten: Struktur der Unternehmen, Beschäftigung, wirtschaftliche Situation. Dann werden die „Großen Fünf“ der touristischen Reisekonzerne vorgestellt, TUI, DER, Thomas Cook, FTI, Alltours,

sowie die „Großen Vier“ des Geschäftsreisebereichs, BCD Travel, FCM Derpart, Lufthansa City Center Reisebüropartner/Business Plus, Hogg Robinson Germany, GBT III/American Express. Es folgen die Neuen, die online-Unternehmen, und die Lobbyisten und ihre Verbände.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sind vor allem folgende Erkenntnisse interessant: Es gibt in der Branche große Bereiche, in denen keine Betriebsräte existieren – selbst in großen Unternehmen wie FTI und Alltours. Der Flächentarifvertrag verliert an Bedeutung. Zurzeit arbeiten geschätzt noch 10.000 der etwa 67.000 Beschäftigten der Branche in Unternehmen, die der Tarifgemeinschaft des Deutschen Reiseverbandes (DRV-T) angehören – Tendenz sinkend. Ein großer Teil der Branche setzt sich aus einer kleinteiligen Struktur von Reisebüros und Veranstaltern zusammen, Stichwort Familienbetriebe. Zugleich gibt es auch ein großes Mittelfeld – mit Organisierungspotential. So arbeiten etwa 10.000 Beschäftigte in Unternehmen mit 100 bis 500 Beschäftigten und weitere 15.000 in den Größenklassen 20 bis 99 Beschäftigte. Image ist in der Branche alles – das macht soziale Medien und das Web 2.0 wichtig. Des Weiteren entwickeln sich die großen Online-Portale in der Branche zu umfassenden Dienstleistern. Die transnationalen Konzerne werden stetig umstrukturiert – das macht es schwer, sie gewerkschaftlich zu begleiten. Digitalisierung und Automatisierung führen zu Stellenabbau.

Und zuletzt ein Lichtstreif: In den Unternehmen mit Haustarifverträgen ist der Organisationsgrad am höchsten, hier findet gar Mitgliederwachstum statt.

Auf die Frage, wie ver.di diese sich in Bewegung befindliche Branche organisieren kann, liefert die Broschüre viele Denkanstöße. Das erklärte Ziel der Autoren, die Diskussionen über gewerkschaftliche Strategien und Handlungsansätze in der Branche auf eine „gemeinsame Wissensgrundlage“ zu stellen, ist damit mehr als gelungen. ■

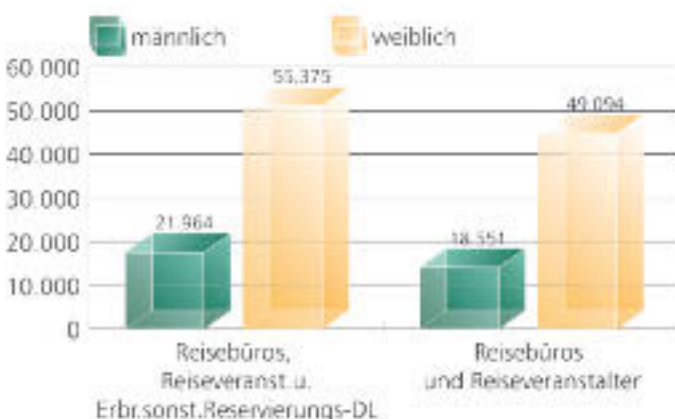


Weitere Informationen zur Broschüre gibt es unter [anette.berger@verdi.de](mailto:anette.berger@verdi.de)

Die Broschüre mit Daten und Fakten zu der Situation in der Touristikbranche ist für 3,-€ bei IVB bestellbar.

**IVB Direktmarketing GmbH**  
Behatonstraße 1  
67297 Marnheim  
Fax: 063 52/75 34-34

## Abhängig Beschäftigte weiblich/männlich



Quelle: Sozialsicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen der WZ 2008 und ausgewählten Merkmalen, Bundesagentur für Arbeit 2014



## ■ AUTOVERMIETER

### Nicht angemessen

Etwa 15.000 Arbeitnehmer/innen sind in Deutschland bei Autovermietungen beschäftigt. Viele davon, die als Teilzeitkräfte hauptsächlich mit dem Überführen, der Pflege aber auch der Vermietung der Autos zu tun haben, bekamen zu Beginn des Jahres mit der Einführung des Mindestlohnes erstmals einigermaßen angemessene Vergütungen. Denn Tarife sind in der Branche nur in den Preislisten bekannt. Lediglich Europcar hatte in den neunziger Jahren einen Rahmentarifvertrag.

Durch die Filialstruktur ist der Organisationsgrad eher gering – Löhne, Gehälter und Sozialleistungen werden von den Arbeitgebern selbst bestimmt.

Betriebsräte gibt es bei den bekannten Vermietern Europcar, Hertz und Avis. Der deutsche Marktführer Sixt gibt sich da trotz seines Auftretens auf Charity-Veranstaltungen bei den Mitbestimmungsrechten seiner Arbeitnehmer/innen eher baye-risch rustikal: Die Bildung von Betriebsräten wurde bislang stets unterbunden.

Durch den aktuellen Kostendruck, besonders im Geschäftsreisebereich, wird der Druck auf die Beschäftigten zurzeit immer größer. In einigen Vermietunternehmen wird von Personalabbau berichtet, kleinere mussten bereits schließen.

Um diesem Druck begegnen zu können, gibt es inzwischen vermehrt Interesse an ver.di. Zumal die Erhöhungen der Vergütung in den vergangenen Jahren deutlich hinter den tariflichen Erhöhungen in anderen, auch vergleichbaren Branchen wie etwa der Touristik, zurückgeblieben sind.

Trotz der schwierigen Lage in der Branche und recht hoher Fluktuation ist die Arbeit bei einer Autovermietung durch die Vielfalt der Aufgaben und den Umgang mit Menschen für viele interessant. Nur halt nicht sicher und angemessen bezahlt. ■

## TOURISTIK

# Kurzes Zucken

**Um den Jahreswechsel kam es wieder zu einer Bewegung im Flächentarifvertrag der Reisebranche. Doch es blieb nur bei einem kurzen Zucken. Schon im Februar beendete die Bundestarifkommission erneut die Gespräche**

VON VOLKER NÜSSE

Die Vorgeschichte ist reichlich bekannt: Seit 2010 kam es zu keiner tariflichen Erhöhung in der Reisebranche, eine Schlichtung scheiterte, die Arbeitgeberseite bestand hartnäckig auf weitere Variabilisierungen insbesondere für den Reisebürovertrieb im bestehenden Gehaltsgefüge. Für die ver.di-Tarifkommission ein No-go.

Im August 2014 hatte die ver.di-Bundestarifkommission die Konsequenz aus dieser Blockadehaltung gezogen und sich auf die Aktivitäten in den Betrieben zur Durchsetzung von Haustarifverträgen konzentriert. Vier Monate später trat nun die Tarifgemeinschaft des Deutschen Reiseverbands (DRV-T) überraschend an ver.di mit dem Angebot heran, die bisherigen freiwilligen Erhöhungen in einem neuen Tarifvertrag festzuschreiben – allerdings nur für die Reiseveranstalter. Für Reisebüros, Vertriebszentralen und den Geschäftsreisebereich sollten die Erhöhungen nicht gelten. Für diese Bereiche sollte eine neue Form der variablen Vergütung eingeführt werden.

Die Tarifkommission ist mit dem Ziel in die Verhandlungen gegangen, die Erhöhungen auf dem derzeit höchsten Niveau tariflich abzuschern. Denn es hat sich mittlerweile einiges getan: Bei TUI Deutschland haben die ver.di-Mitglieder Mitte 2014 einen Haustarifvertrag durchgesetzt, mit dem die Gehälter, im Vergleich zum letzten Tarifabschluss 2010, um 7,7 Prozent beim Veranstalter, um durchschnittlich 6 Prozent im Vertrieb und um monatlich 75 Euro bei den Auszubildenden erhöht wurden.

Nach der Übernahme dieser Erhöhungen, so das Angebot von ver.di-Seite, sollte bis zum Juni ein tarifvertragliches Modell für die On-top-Vari-

abilisierung gefunden werden. Die Arbeitgeberseite war allerdings nicht bereit, den Mitarbeiter/innen in den Reisebüros nach Jahren des tariflichen Stillstands diese Anerkennung für ihre Arbeit zukommen zu lassen.

Die Tarifkommission hat daraufhin die Verhandlungen beendet. Die wichtigste Erkenntnis aus dem kurzen Intermezzo ist: Die Entscheidung, sich weiter auf Haustarifverträge zu fokussieren, ist für die Beschäftigten der beste Weg. Gegenüber dem Arbeitgeberverband sind wir zurzeit nicht in der Lage, wirksamen Druck aufzubauen. In Haustarifverhandlungen sieht das Kräfteverhältnis dagegen schnell anders aus, wie das Beispiel TUI zeigt. Zurzeit bestehen bei BCD Travel, TUI Deutschland, TUI Business Services und bei American Express GBT III Haustarifkommissionen. In weiteren Unternehmen bemühen sich die ver.di-Aktiven, Mitglieder zu gewinnen, um so die Grundlagen für Tarifbewegungen zu schaffen.

Die DRV-T blockiert weiterhin die Entwicklung gerechter Arbeitsbedingungen in der Branche:

- Das Gehaltsgefüge zwischen den einzelnen Unternehmen geht immer weiter auseinander. Eine Entwicklung, die die Lohnkonkurrenz in der Branche weiter befördert.
- Zwischen Vertrieb und Veranstalter klafft eine größer werdende Gehaltskluft – eine unverschämte Geringschätzung der Kolleg/innen in den Reisebüros, die jeden Tag im Kundenkontakt für die steigenden Umsätze in der Branche sorgen.
- Die Ausweitung variabler Vergütung zerstört auf Dauer die kollegialen Strukturen in den Teams und Büros und führt zur Konkurrenz der Kolleg/innen untereinander.
- Mit der Entgarantierung weiterer Gehaltsbestandteile gehen die Unternehmen weiter auf dem Weg, Umsatzflauten und Managementfehler, also das unternehmerische Risiko, auf die Beschäftigten zu verlagern. Die Gewinne fließen dagegen an den Mitarbeiter/innen vorbei.
- Für viele Beschäftigte, insbesondere in den Reisebüros, heißt das: Sie können zwar jeden Tag die schönsten Traumreisen verkaufen, ihren eigenen Urlaub verbringen sie aber auf dem Balkon. ■

Foto: W. Wöhlers





Foto: privat

## Neuer Landesfachbereichsleiter Bayern

**Kai Winkler**

„Das häufigste Vergehen im Wirtschaftsleben ist die fundamentale Missachtung der Menschenwürde.“ Dieser Satz von Reinhard K. Sprenger beschreibt die Motivation für Kai Winklers gewerkschaftliches Handeln. „Menschenwürde ist kein abstrakter Begriff“, so Kai Winkler, „sie ist das Ziel unseres gemeinsamen

Handelns für unsere Mitglieder – und unsere Gesellschaft“. Geboren wurde Kai Winkler 1967 in Bingen, seit 1978 lebt er in München. Zweiter Bildungsweg, „Fachabitur“, Abschluss des Studiums 1997.

Seit Beginn der betrieblichen Ausbildung 1987 gewerkschaftlich aktiv. Hauptamtlich tätig seit 1997 – bei der damaligen hbv. Zuletzt als stellvertretender Geschäftsführer im ver.di-Bezirk in Augsburg und im dortigen Fachbereich 3. ■



Foto: privat

## Landesfachbereichsleiterin Baden-Württemberg

**Eva Schmidt**

Eva Schmidt ist seit dem 1. Januar 2015 Leiterin des Landesfachbereichs 13 in Baden-Württemberg. Nach der Ausbildung und Tätigkeit als Großhandelskauffrau stieg sie in die gewerkschaftliche Arbeit ein als Verwaltungsangestellte bei der ÖTV 1991. Unterbrochen wurde diese Tätigkeit bei ver.di durch die Zuständigkeit als Trainerin für das Mitglieder-Informations- und Betreuungssystem (MIBS).

Schon während der Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin war Eva u.a. im Landesbezirk Baden-Württemberg tätig. Von 2003 bis 2004 besuchte sie die Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt. Danach war sie auf Bezirksebene für die Fachbereiche 6 und 7 zuständig.

Ab 2008 betreute Eva die Fachbereiche 2 und 13 auf Bezirksebene und begleitete als Verhandlungspartnerin die Angelegenheiten bei TÜV SÜD. Die Vielfalt des Fachbereichs 13 ist ihr dadurch bestens bekannt. ■



Foto: privat

## Bundesfachbereichssekretärin seit einem Jahr

**Carla Dietrich**

Carla Dietrich ist seit März 2014 Gewerkschaftssekretärin im Bundesfachbereich Besondere Dienstleistungen mit den Schwerpunkten Wohnungswirtschaft, Leiharbeit und Parteien und Verbände. Ihre gewerkschaftliche Hauptamtlichkeit begann sie nach dem Studium beim DGB in Berlin-Brandenburg.

Später wechselte sie zu ver.di in den Bezirk Berlin und betreute die Kolleg/innen im Einzelhandel, mit denen sie 2013 mehr als 50 Tage streikte. In ihrer Arbeit ist es ihr wichtig, möglichst viele Mitglieder einzubinden, ihre Ideen und Wünsche aufzunehmen und umzusetzen. „Nur mit Beteiligungsorientierung und auch Kampflust (um gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung) werden wir langfristig Mitglieder gewinnen und halten“, sagt Carla Dietrich. ■



Foto: privat

## Bundesfachgruppenleiter für Immobilien, Sicherheit und Facility

**Jürgen Stahl**

Jürgen Stahl wurde 1959 in Berlin geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach dem Abitur studierte er Politische Wissenschaften und finanzierte das Studium mit einer Vollbeschäftigung bei der damaligen Deutschen Bundespost. Sehr schnell wurde er gewerkschaftlich aktiv und kann heute auf eine über 35-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft zurückblicken. Er engagierte sich sehr früh in den

gewerkschaftlichen Gremien, als Personalratsmitglied, Bezirkspersonalratsmitglied sowie nach 1995 als Betriebsratsmitglied bei der Deutschen Post AG überwiegend in Freistellung. 2001 wechselte er als Gewerkschaftssekretär zur Deutschen Postgewerkschaft und bald darauf zu ver.di als Bezirksgeschäftsführer und ab 2010 als Landesfachbereichsleiter für Besondere Dienstleistungen Berlin-Brandenburg. Seit Mai 2014 ist er nun Bundesfachgruppenleiter für Immobilien, Sicherheit und Facility. ■

Früher bekamen sie für ihr 3 Std. Arbeitspensum nur 4,25 € die Stunde



Heute bekommen sie 8,50 € Stundenlohn



Ok, sie müssen jetzt ihr Pensum in 1,5 Std. schaffen



Toll, jetzt also kein Hungerlohn,...



...sondern Hungerlohn to go



Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an: ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 13 · Besondere Dienstleistungen · 10112 Berlin



BEITRITTSERKLÄRUNG  
https://mitgliedwerden.verdi.de/

Titel/Vorname/Name \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_ Hausnummer \_\_\_\_\_  
 PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_  
 E-Mail \_\_\_\_\_

Ich möchte Mitglied werden ab  
 0 1 2 0  
 Geburtsdatum  
 \_\_\_\_\_  
 Geschlecht  weiblich  männlich

**Beschäftigungsdaten**

Arbeiter/in  Beamter/in  freie/r Mitarbeiter/in  
 Angestellte/r  Selbständige/r  Erwerbslos

Vollzeit  
 Teilzeit, Anzahl Wochenstunden: \_\_\_\_\_

Azubi-Volontär/in-Referendar/in  Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen)  
 bis \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Praktikant/in  Altersteilzeit  
 bis \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in  Sonstiges: \_\_\_\_\_

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)  
 Straße \_\_\_\_\_ Hausnummer \_\_\_\_\_  
 PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_  
 Branche \_\_\_\_\_  
 ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_  
 monatlicher Bruttoverdienst \_\_\_\_\_ Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_ Tätigkeits-/Berufsreihe o. Lebensalterstufe \_\_\_\_\_  
 € \_\_\_\_\_

**Ich wurde geworben durch:**  
 Name Werber/in \_\_\_\_\_  
 Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft  
 von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

**Monatsbeitrag in Euro**  
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
 Gläubiger-Identifikationsnummer:  
 DE61ZZ00000101497  
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Titel/Vorname/Name von/vom Kontoinhaber/in (nur wenn abweichend) \_\_\_\_\_  
 Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_  
 PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

**SEPA-Lastschriftmandat**  
 Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto

**Zahlungsweise**  
 monatlich  vierteljährlich  zur Monatsmitte  
 halbjährlich  jährlich  zum Monatsende

BIC \_\_\_\_\_  
 IBAN \_\_\_\_\_  
 Ort, Datum und Unterschrift  
 X \_\_\_\_\_

**Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!**  
 Personalnummer \_\_\_\_\_

**Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:**  
 Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, meinen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.

Ort, Datum und Unterschrift  
 X \_\_\_\_\_

**Datenschutz**  
 Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.